

Steuergeschenke für Familien

Zwei Vorstösse aus dem Landrat verlangen mehr Steuerabzüge für die Kinderbetreuung.

Maria-Elisa Schrade

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Herausforderung, die im Baselbiet angesichts des Fachkräftemangels einerseits und wegbrechender Kita-Plätze andererseits dringlich nach Lösungen verlangt. Verschärft wird das Problem durch die unmittelbare Konkurrenz zum Nachbarkanton. So leistet sich Basel-Stadt ab August nicht nur weitere Kitaplatz-Subventionen und höhere Löhne für Kita-Mitarbeitende, es können auch bis zu 25 000 Franken von der Steuer für die externe Kinderbetreuung abgezogen werden.

Im Kanton Baselland sind die Kita-Plätze für Selbstzahlende durchschnittlich 1000 Franken teurer, die Löhne für Kita-Mitarbeitende tiefer und der Kinderbetreuungsabzug vom steuerbaren Einkommen beträgt maximal 10 000 Franken. Das führt zu dem, dass es sich insbesondere für Familien im Baselbiet finanziell oft nicht lohnt, wenn beide Elternteile in einem grösseren Pensum arbeiten. Zum anderen wandern Fachkräfte und Familien nach Basel-Stadt ab, weil sie dort bessere Konditionen vorfinden.

Erwerbsarbeit soll sich für beide Elternteile lohnen

Zwei Vorstösse im Baselbieter Landrat nehmen deshalb die anstehende Einkommenssteuerreform zum Anlass, die Regierung aufzufordern, Möglichkeiten für höhere Kinderbetreuungsabzüge zu prüfen. Béatrix von Sury, Vizepräsidentin der Mitte-Fraktion, schwebt eine Angleichung des Abzugs für externe Kinderbetreuung an das Niveau von Basel-Stadt vor. Ihr Vorstoss wurde vom Landrat im Mai überwiesen. SVP-Landrätin Anita Biedert verlangt nun ergän-



Passt das zusammen? Arbeiten soll sich lohnen. Die Betreuung der eigenen Kinder auch.

Symbolbild: Gaetan Bally/Keystone

zend dazu einen Steuerabzug für die Eigenbetreuung in Höhe von 12 000 Franken.

«Mir ist wichtig, dass die Eigen- und Fremdbetreuung gleichgestellt sind, damit kein Familien- oder Betreuungsmodell bevorzugt wird», sagt Biedert. Dass ein sogenannter Eigenbetreuungsabzug umsetzbar ist, machen Kantone wie Zug oder Luzern bereits vor. Für die SVP-Landrätin ist das aber ohnehin weniger eine steuerrechtliche Frage als eine politische. Sie sagt: «Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen, muss auch Wertschätzung entgegengebracht werden. Sie zahlen vielleicht keine Steuern, aber belasten auch nicht die Allgemeinheit.»

Würde der Kanton Baselland einen Eigenbetreuungsabzug einführen, könnte das allerdings von Surys Anliegen entgegenwirken, mehr Anreize für ein erhöhtes Erwerbsarbeitspensum beider Elternteile zu schaffen. Doch die Mitte-Landrätin begrüsst den Vorstoss von Anita Biedert. «Die verschiedenen Familienmodelle dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden», sagt Béatrix von Sury. «Mütter und Väter, die Erziehungs- oder Care-Arbeit zu Hause leisten, leisten Arbeit an und für die Gesellschaft.»

Ihr sei wichtig, dass für Eltern Anreize geschaffen werden, in die Erwerbsarbeit zurückzukehren und höhere Pensen zu ergreifen, so von Sury. Doch Eltern, die sich für die ausschliessliche Be-

treuung ihrer Kinder entscheiden, sollten ebenfalls eine Unterstützungsmöglichkeit respektive eine Anerkennung erhalten.

Steuerabzüge seien nicht der richtige Weg

Wenig Gegenliebe erfahren die beiden Vorstösse von der SP. «Auch unsere Partei fordert die Anerkennung von Care-Arbeit und Massnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels», sagt SP-Landrätin Miriam Locher. Steuerabzüge seien aber nicht die geeignete Lösung, um Familien nachhaltig zu entlasten und Mütter zurück in die Erwerbsarbeit zu bringen.

«Das nützt in erster Linie den sehr gut Verdienenden und widerspricht einer sozialen Ausge-

staltung, wie wir sie uns wünschen», sagt Locher über den Mitte-Vorstoss. Ein Eigenbetreuungsabzug, wie von Biedert verlangt, zementiere zudem traditionelle Familiensysteme. «Der soziale Aspekt steht hinten an» findet die SP-Landrätin. «Es braucht jetzt Investitionen in die familienergänzende Betreuung. Nur so können Eltern frei zwischen Erwerbs- und Care-Arbeit wählen.»

Die SP-Fraktion verlangt eine direkte Mitfinanzierung der Krippenplätze und bessere Arbeitsbedingungen für Kita-Mitarbeitende. Miriam Locher sagt: «Es ist richtig, dass Familien mehr Unterstützung erhalten, das hilft aber nichts, wenn es gar keine Kitas mehr gibt.»